

## Der Ueberfluß an Frühkartoffeln.

\* Köln, 4. Aug. Die Frühkartoffelzufuhren, die in den letzten Tagen nach allen großen Städten über Gebühr stark gewesen sind, haben auch der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung Anlaß gegeben, sich mit den Dingen zu befassen. Von beiden Fraktionen lagen Anfragen an die Stadtverwaltung vor, ob es richtig sei, daß durch die Reichskartoffelstelle der Stadt Köln Frühkartoffeln weit über das vorhandene Bedürfnis hinaus geliefert würden, so daß die Kartoffeln in hohem Maße dem Verderben ausgesetzt seien, und welche Schritte man beabsichtige, um die Schädigungen der Stadt wie der Bürgerschaft zu verhindern. Beig. Aßenauer beantwortete diese Anfragen. Er sagte u. a.: Während wir vor einiger Zeit Kartoffelmangel hatten, können wir uns heute vor dem Reichtum nicht schützen und weder den Stadtsäckel noch die Bürgerschaft vor den Nachteilen behüten. Wesentlich bei der Beurteilung der Sachlage ist, daß kein Kommunalverband in der Lage ist, sich selbst mit Frühkartoffeln zu versorgen, daß er sich vielmehr damit abfinden muß, dasjenige zu nehmen, was ihm von der Reichskartoffelstelle aus bestimmten Kreisen überwiesen wird. Die Stadt Köln ist auf die Lieferung besonders aus der Provinz Sachsen angewiesen worden. In der Zeit vom 10. Juni bis 20. Juli, also in einem Zeitraum von etwa 4 Wochen, hatten wir den Kartoffelmangel; vom 12. Juli an kamen vereinzelte Lieferungen aus Sachsen, später trafen sie massenweise ein, und zwar in solchem Umfange, daß die Stadt Köln einmal an einem Tage 112 Doppelwaggons

Frühkartoffeln aus Sachsen angeliefert erhielt. Zu diesen Kartoffeln aus Sachsen kamen die rheinischen hinzu und weiter war die Stadt genötigt, noch ausländische Kartoffeln zu übernehmen. Das Bedauerliche an der ganzen Sache war, daß wir von vornherein keine Sortenwahl hatten, daß die Transportkosten und das Transportrisiko zu unsern Lasten geht, und daß wir an den gesetzlichen Höchstpreis gebunden sind, der für die Provinz Sachsen auf 10. M festgesetzt worden war. Erst auf unsern Einspruch hin hat das Kriegsernährungsamt eine Ermäßigung des Preises vorgeesehen, bis zum 10. August auf 9. M, bis zum 20. August auf 8. M, bis 31. August auf 7. M, bis 10. September auf 6. M und bis 20. September auf 5. M. Auch diese Preise sind außerordentlich hoch.

Die Preisfrage spielt insofern eine große Rolle, als sie die Ursache der Massenankieferungen bildet. Es kommt hinzu, daß die verschiedenen Provinzialkartoffelstellen eine verschiedene Preispolitik treiben. Dadurch und infolge des Umstandes, daß wir das Los gezogen haben, von der Provinz Sachsen Kartoffeln nehmen zu müssen, mußten wir für den Zentner 10. M zuzüglich Unkosten und Fracht zahlen, während uns benachbarte Städte, die das Glück hatten, von der Berliner Zentralstelle auf die Rheinprovinz angewiesen zu sein, nicht nur weit geringere Frachtkosten hatten, sondern auch für die Ware selbst nur etwa 8.50 M zu zahlen brauchten. Infolgedessen waren auch die meisten rheinischen Kommunalverbände in der Lage, die Kartoffeln an die Bürgerschaft billiger abzugeben, als wir. Wir haben uns selbstverständlich mehrfach an die Kartoffelstelle der Provinz Sachsen gewandt und um Herabsetzung des Preises ersucht, aber den Bescheid erhalten, daß sie dazu nicht gesetzlich berechtigt sei. Die Reichskartoffelstelle vertrat zwar unsern Standpunkt, aber Sachsen beharrte auf seiner Meinung und wir müssen nach wie vor die gesetzlichen Höchstpreise zahlen.

Nun ist die Frühkartoffel nur von sehr geringer Haltbarkeit; die weniger gute Ware hält sich nur etwa zwei Tage, die beste kaum länger als acht Tage. Wir haben daher mit der Tatsache zu rechnen, daß etwa 50 Prozent der von Sachsen kommenden Kartoffeln mit Brand behaftet hier ankommen

(Zurufe hört, hört!) und daß weiter etwa 10 bis 12 Prozent zur menschlichen Ernährung nicht mehr brauchbar sind. Die übrigen sind meist auch schon mit dem Brandpilz behaftet und gehen so in etwa einem bis zwei Tagen ebenfalls dem Verderben entgegen. Wir haben die Zentralstelle ersucht, man möge uns von der Verpflichtung, die Kartoffeln aus Sachsen abzunehmen, entbinden und uns die Rheinprovinz als Lieferungsquelle anweisen; die Reichskartoffelstelle ist jedoch nicht darauf eingegangen, obwohl die Rheinprovinz in Kartoffeln erstarkt und seit etwa acht Tagen den Ankauf ganz eingestellt hat, um die Bayern zu zwingen, die Kartoffeln länger in der Erde zu lassen. Wir sind erneut bei der Reichskartoffelstelle vorstellig geworden und leben in der Hoffnung, daß sie eine Änderung herbeiführen wird. Zu der Frage, ob die Kartoffeln seitens der Stadt auf ihre Beschaffenheit geprüft würden, bevor man sie den Kleinhändlern und Verkaufsstellen zuführe, erklärte er, daß dies der Fall sei. Die Kartoffeln würden so gut wie möglich sortiert, dann aber lasse man den Verkaufsstellen etwa 5 bis 7 Prozent über die Bestellung, und zwar ohne Bezahlung zugehen, so daß die Verkaufsstellen in der Lage seien, schlechte Kartoffeln vor dem Verkauf auszusondern. Weiter habe man die Reklamationsfrist außergewöhnlich groß bemessen, innerhalb 48 Stunden würden die schlechten Kartoffeln umgetauscht.

Oberbürgermeister Wallraf fügte den Worten des Dezernenten noch einige Worte hinzu und betonte, daß man bei der heutigen Lage der Dinge mit der Kritik gegenüber den Berliner Zentralstellen eine gewisse Zurückhaltung üben müsse, da sich diese in ihren Aufgaben vor unendliche Schwierigkeiten gestellt sähen; aber selbst bei dieser Zurückhaltung müsse man sagen, daß die Zustände augenblicklich geradezu unerträglich geworden seien, denn man habe in Köln die schlechten Kartoffeln teuer bezahlen müssen, abgesehen von der großen Gefahr, daß von diesem so wichtigen Nahrungsmittel große Mengen vollständig verloren gehen.

Gestern habe er im Einvernehmen mit dem Dezernenten sich nochmals telegraphisch nach Berlin gewandt mit der Bitte, den Dingen abzuwehren, und er werde evtl. nach Berlin fahren, um dort selbst mit dem Vorsitzenden der Reichskartoffelstelle Rücksprache zu nehmen.